

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: Für die dreispaltige Vertikal- oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Veriammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile

## Gewerkschaften und Gemeinwirtschaft.

Die Gewerkschaften erblicken ihre Aufgabe in der Vertretung der materiellen Interessen der Arbeitnehmer, der Hebung ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Lage sowie ihrer rechtlichen Gleichstellung in der Wirtschaft. Die auf Erfüllung dieser Aufgabe gerichtete umfangreiche und wichtige Tätigkeit der Gewerkschaften ist Gegenwartswort. Ihre Grundlage findet sie in den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen, in dem Gegensatz von Kapital und Arbeit. Bei dieser Sachlage stehen Lohn- und Gehaltsfestsetzung, Festsetzung der Arbeitszeit, Urlaub, Kündigung usw., kurz, die Fragen des Arbeits- und Anstellungsvertrages in dem Betätigungsbereich der Gewerkschaften an vorderster Stelle. Ihnen zur Seite treten die Fragen des sozialen Arbeiterrechts, der Arbeiterversicherung, des Arbeiterschutzes, denen sich in erheblichem Umfange allgemein wirtschaftspolitische Fragen zugesellen, von deren Auswirkungen die Lebenshaltung sowie die rechtliche Stellung der Arbeitnehmer beeinflusst wird. So umfangreich aber auch der Aufgabenkreis der Gewerkschaften sich mit ihrer Ausbreitung entwickelt hat, er ist damit noch keineswegs erschöpft.

Die Gewerkschaften müssen — entsprechend der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft — eine parteipolitisch neutrale Stellung einnehmen. Das bedeutet nicht zugleich Ablehnung der Erörterung und Stellungnahme zu politischen Fragen. Eine derartige negative Haltung können sich die Gewerkschaften nicht gestatten; denn Politik und Wirtschaft stehen in viel zu engem Zusammenhang miteinander, als daß hier eine einwandfreie Trennung möglich wäre. Wenn von den Gewerkschaften im allgemeinen schon aus Gründen der Zweckmäßigkeit die Behandlung und Entscheidung politischer Fragen den politischen Parteien überlassen bleiben muß, so dürfen sie daran doch nicht achtlos vorbeigehen. Vielmehr sind sie je nach dem Umfang, in dem derartige Fragen die Gewerkschaftspolitik berühren, gezwungen, sie ebenfalls zu behandeln und zu versuchen, auf ihre Erledigung einen bestimmenden Einfluß auszuüben. Aus dieser Notwendigkeit ergibt sich die Stellung der Gewerkschaften zur Weiterentwicklung von Staat und Gesellschaft sowie zu den Forderungen des Sozialismus. Der Proletarisierungsprozeß, den die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrem Entstehen einleitete, ist noch nicht beendet, die gesellschaftliche Umwandlung nimmt ihren Fortgang. Noch immer entstehen neue Wirtschaftsformen, die als Uebergangsstufen zu einer neuen Gesellschaftsordnung betrachtet werden müssen. Besonders deutlich zeigt das die gewaltige Konzentration der industriellen Betriebe, die fortschreitende Mechanisierung des Produktionsvorganges, die zunehmende Kartellierung der Unternehmungen sowie die hierdurch verursachte Beeinflussung der Preisbildung wie der Lebenshaltung der Verbraucher. Hierbei bleibt die Entwicklung nicht stehen. Kapital und Handel kennen keine nationalen Grenzen. Unablässig drängen sie darüber hinaus zum internationalen Zusammenschluß, internationaler monopolistischer Preisbildung und Verteilung der Absatzgebiete.

Diese Entwicklung dürfen die Gewerkschaften nicht unbeachtet lassen, sie sind genötigt, sich ihr anzupassen, ihre Tätigkeit darauf einzustellen, wenn sie die Lebenshaltung der Arbeiter nicht nur auf dem gegenwärtigen Stand festhalten, sondern darüber hinaus erhöhen wollen. Eine besondere Bedeutung hat für sie die Entwicklung der Kartelle, deren Ausbreitung die gewerkschaftlichen Bestrebungen, vor allem ihre Lohnpolitik, zu gefährden droht. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Erhöhung der Löhne und Gehälter auf Kosten des Gewinnanteils der Unternehmer stattfindet, das heißt, wenn dadurch der Anteil des Arbeiters am Ertrage seiner Arbeit eine Vergrößerung erfährt, der Anteil des Unternehmers sich vermindert. Befinden sich dagegen die Unternehmer in der Lage, dem dem Arbeiter zugestandenen höheren Lohn oder Gehalt ohne Verminderung ihres Gewinnanteils durch Erhöhung des Warenpreises auszugleichen, so sind die lohnpolitischen Bemühungen der Gewerkschaften zur Fruchtlosigkeit verurteilt. Im günstigsten Falle bedeutet dann die Lohn-erhöhung einen kurz vorübergehenden Vorteil, der durch die alsbald einsetzende und in der Regel über die Lohnsteigerung hinausgehende Warenpreiserhöhung wieder verloren geht.

In den meisten Fällen wird aber der Anteil des Arbeiters an seinem Arbeitsprodukt ein geringerer, sein realer Lohn ein niedriger sein als vorher, wodurch seine Lebenshaltung trotz Lohnerhöhung eine Verschlechterung erfahren muß. Diese Verhältnisse haben die Arbeiter in der Inflationszeit genügend kennen gelernt.

Die von den Unternehmern betriebenen Kartellierungsbestrebungen laufen in ihrem Ergebnis darauf hinaus, diesen — wie eine Gegenüberstellung der Löhne und Preise beweist — noch keineswegs überwundenen Zustand zum dauernden zu machen. Ihr Ziel ist die Monopolisierung der Produktion und Preisfestsetzung, mit deren Durchführung Arbeitnehmer wie Verbraucher einer uneingeschränkten rücksichtslosen Ausbeutung ausgeliefert sein würden. Der Verwirklichung dieser Absichten steht lediglich die Konkurrenz des Auslandes als Hindernis entgegen. Das erklärt die Bemühungen der Unternehmer, auf der einen Seite durch Forderung von Schutzzöllen die ihre Monopolpläne gefährdende Wareneinfuhr des Auslandes zu verhindern, auf der anderen Seite ihr Streben nach internationaler Ausdehnung der Industriekartelle. Vorerst ist es noch nicht so weit, daß eine derartige Gefahr besonders nahegerückt erscheint. Wohl aber ist die innere Kartellierung der Industrie bereits sehr weit vorgeschritten. Den hieraus drohenden Gefahren ist durch die üblichen gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zu begegnen. Die wucherische Ausbeutung der Verbraucher und Arbeiter durch ein Produktions- und Preisfestsetzungsmonopol der Kartelle ist nur durch entsprechende staatliche Maßnahmen, Wegfall aller die Einfuhr wichtiger Lebensbedürfnisse hindernden Schutzzölle sowie durch Schaffung und Förderung einer die kapitalistischen Monopolbestrebungen durchbrechenden Konkurrenz zu verhindern.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, gewinnt die in den letzten Jahren von den Arbeitern stark vernachlässigte Gemeinwirtschaft, und zwar der öffentlichen wie der privatrechtlichen, wieder erhöhte Bedeutung. Uebersehene Hoffnungen sind hierbei nicht angebracht. Zweifellos aber bildet die Gemeinwirtschaft, wenn auch in beschränktem Umfange, ein sehr geeignetes Mittel, den Monopolgelüsten des Unternehmertums entgegenzutreten. Mindestens ebenso wichtig sind ihre indirekten Wirkungen. Den Unternehmern ist diese Tatsache nicht unbekannt, und sie haben die Gleichgültigkeit der Arbeiter weitgehend ausgenützt. Von jeher stehen sie den gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen in Reich, Staat und Gemeinde feindlich gegenüber, und mit ihrer Ausbreitung hat sich diese Haltung zusehends verschärft. Besonders in den letzten Jahren haben sie es sich angelegen sein lassen, die Gemeinwirtschaft als unfruchtbar und verfehlt zu bekämpfen, die gemeinwirtschaftliche Initiative der öffentlichen Körperschaften zu lähmen sowie auf den Abbau gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen hinzudrängen. Auch die privaten gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen waren dieser Bekämpfung ausgesetzt, ohne daß ihnen von Arbeiterseite ein entsprechender Widerstand entgegengesetzt wurde. Die Folgen blieben nicht aus. Fast allgemein sind unter dem Einfluß dieser Bekämpfung die gemeinwirtschaftlichen Bestrebungen zum Stillstand gebracht worden. Noch mehr! Verheißungsvolle gemeinwirtschaftliche Unternehmungen wurden eingeschränkt, in gemischtwirtschaftliche Unternehmungen umgewandelt, teilweise oder ganz eingestellt. Bezeichnende Beispiele hierfür sind die dem Reiche gehörigen Deutschen Werke sowie die Reichseisenbahnerwerkstätten. Allein durch die Einschränkung der letztgenannten Betriebe werden annähernd 40 000 Arbeiter auf die Straße geworfen. Das Privatkapital hat den Vorteil davon. Am stärksten macht sich die Lähmung des gemeinwirtschaftlichen Geistes in der nahezu völlig daniederliegenden Wohnungsvorsorgung, der immer unerträglicher werdenden Wohnungsnot und der Stagnation der Bautätigkeit bemerkbar. Der Mangel an Baukapital vermag diese Tatsache nicht zu erklären; denn die Gemeinden sind in vielen Fällen in der Lage, in der Wohnungsvorsorgung mehr zu leisten. Allein es fehlt dazu an dem erforderlichen Druck der arbeitenden Massen, die sich apathisch in ihr Elend ergeben. Einer ähnlichen Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit begegnen die privaten gemeinwirtschaftlichen Selbsthilfebestrebungen, die Konsumvereine sowie die Bauhüttenbewegung. Zieht man zum Vergleich heran, was auf diesem Gebiete vor allem in der Eigenproduktion in England ge-

sehen ist und noch geschieht, so zeigt sich ein gewaltiger Unterschied. Hier anregend und fördernd zu wirken, ist eine wichtige volkswirtschaftliche Aufgabe, sie zu übernehmen, sind vor allem die Gewerkschaften berufen. m.

## Unsere statistischen Feststellungen vom 27. Dezember 1924.

832 Zahlstellen haben berichtet und einen Mitgliederbestand von 77 552 nachgewiesen, darunter 6599 Lehrlinge. Arbeitslos waren 12 442 oder 16,04 % und frank 1891 oder 2,44 %. Wie es in den einzelnen Provinzen und Freistaaten sieht, zeigt folgende Tabelle:

Provinzen und Staaten	Anzahl der an den Feststellungen beteiligten		Von den Mitgliedern (Spalte 3) sind		
	Zahlstellen	Mitglieder	Lehrlinge	arbeitslos	frank
1	2	3	4	5	6
Ostpreußen .....	50	2987	349	1630	100
Brandenburg .....	108	9124	595	969	255
Pommern .....	55	2915	242	763	86
Grenzmark .....	8	395	82	156	19
Schlesien .....	77	7307	958	1888	168
Sachsen .....	64	4723	323	638	105
Schleswig-Holstein .....	36	2333	183	370	85
Hannover .....	56	3226	153	242	71
Westfalen .....	28	1831	123	174	55
Essen-Ruhr .....	14	2358	111	213	57
Rheinland .....	22	2801	130	222	56
Hohenzollern .....	—	—	—	—	—
Preußen .....	518	40000	3249	7265	1057
Bayern .....	70	5781	427	1075	203
(Rheinpfalz) .....	4	83	6	16	6
Sachsen .....	60	13814	1499	1976	205
Württemberg .....	22	1579	83	268	59
Baden .....	10	1742	92	53	42
Thüringen .....	50	3692	304	676	92
Hessen .....	7	893	83	97	26
Mecklenburg-Schwerin .....	45	1601	217	215	63
Mecklenburg-Strelitz .....	8	272	52	51	9
Oldenburg .....	7	505	66	43	14
Braunschweig .....	10	613	44	30	10
Anhalt .....	10	628	51	73	10
Schaumburg-Lippe .....	3	135	11	5	6
Lippe-Deimold .....	3	71	2	1	—
Waldeck .....	1	14	—	13	—
Lübeck .....	1	497	38	34	10
Bremen .....	1	996	38	44	16
Hamburg .....	1	3716	295	310	45
Deutsches Reich .....	831	76622	6557	12245	1873
Danzig .....	1	930	42	197	18
Insgesamt .....	832	77552	6599	12442	1891

Gegenüber dem vorläufigen Ergebnis der Feststellungen vom 29. November hat sich die Arbeitslosenziffer von 8,15 auf 16,04 %, die Frankenziffer von 1,76 auf 2,44 % erhöht. 150 Zahlstellen haben nicht berichtet.

Das Ergebnis für den 29. November stellt sich, nachdem noch 51 Zahlstellen berichtet haben, wie folgt: In 885 Zahlstellen mit zusammen 80 663 Mitgliedern, darunter 6723 Lehrlinge, waren 6612 Mitglieder arbeitslos und 1427 frank. — Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 31. Januar.

## Die Arbeitsleistung im Baugewerbe.

Die Behauptung der Unternehmer von einem Rückgang der Arbeitsleistung im Baugewerbe ist allgemein bekannt. Sie ist leicht ausgesprochen; schwerer ist schon, den Beweis dafür anzutreten. An Versuchen dazu hat es nicht gefehlt, doch waren sie meist sehr problematischer Art und bleiben in den Anfängen stecken. Selbst Leute, die sich ernstlich um diesen Beweis bemühten, mußten von vornherein gewisse Vorbehalte machen, vor allen Dingen den, daß sich im Baugewerbe ganz eingehende Unterlagen nicht mit derselben Sicherheit schaffen ließen wie in einem stationären Fabrikbetrieb. Die Einrichtung jeder einzelnen größeren Baustelle weise Verschiedenheiten auf, die auf die Arbeitsleistung von Einfluß sein könnten. Hierzu gehörten zum Beispiel die Ausstattung der Baustelle mit Maschinen und Geräten, die Höhe oder Tiefe des Baugrundes, die Vorrichtungen gegen Regen, Frost, Hitze, Grundwasser, die Bodenbeschaffenheit und dergleichen. Auch die Zusammenlegung der Baugesellschaft, die Persönlichkeit der Bauführer, Poliere, Schachtmeister usw. spiele eine Rolle. Allem trotz aller dieser durchaus zutreffenden Bedenken ging die „Vermessung“ weiter. Im September vorigen Jahres er-



schien in der „Bauwelt“ ein Artikel, in dem die Behauptung aufgestellt wurde, die Leistungen der deutschen Bauarbeiter seien gegenüber 1914 je nach den verschiedenen Arbeitsarten um bis zu 37,5% zurückgegangen. Den von ihr behaupteten Rückgang bei den einzelnen Arbeitsarten veranschaulicht nachstehende Tabelle:

Art der Arbeit	Zeitaufwand in Stunden		Minderungs %
	1913/14	1923/24	
1 cbm Mauerwerk für durchgehende Wände im Kellergeschoss, 51 cm stark.	3,8	4,3	13,2
1 cbm Balkenholz zurichten und verlegen	0,4	0,55	37,5
1 cbm Dachverband abbinden und aufstellen	0,65	0,8	23,1
1 cbm Stampfbeton für Fundamente, Stützmauern, Widerlager usw.	5	6	20
1 cbm Eisenbeton für Winkelstützmauer, Fundament pl. usw.	7	8	14,3
1 cbm Eisenbeton für Decken, Unterzüge und Stützen	8,5	10,3	21,2
1 qm Schalung für Fundamente	0,8	1	25
1 qm Schalung für Wände	1	1,2	20
1 qm Schalung für Decken einschließlich Seiten	1,5	1,8	20
1 qm Schalung für Balken und Stützen	2	2,5	25
1 t Eisen biegen und verlegen	48	59	22,9
1 cbm Bodenaushub, stechbar leichter Lehmboden, zu lösen, in Muldentipper verladen, 50 m weit verfahren und ausplanieren	1 1/4	1 1/2	20

In „Zimmerer“ Nr. 42 vom 18. Oktober vorigen Jahres haben wir uns mit dem Inhalt des Artikels der „Bauwelt“ auseinandergesetzt. Zu einer Kontrolle oder gar Nachprüfung der Angaben, die vorwiegend aus Süddeutschland stammen und aus Nachkalkulationen gewonnen sein sollten, fehlte uns jede Möglichkeit. Zur Steigerung der Leistung empfahl der Artikel der Arbeiter die Verwendung von Maschinen, doch mußte er sich in einem ein paar Nummern später in dem gleichen Organ erschienen Aufsatz dazu bekehren lassen, daß auch dieses Mittel sich nicht nur nicht bewähre, sondern volkswirtschaftlich sogar überaus nachteilig wirke.

Nun hat sich die „Soziale Bauwirtschaft“, das Organ des Verbandes sozialer Baubetriebe, der dankenswerten Aufgabe unterzogen, zwar nicht die Angaben der „Bauwelt“ nachzuprüfen, das wäre ihr ebensoviele möglich gewesen, aber sie hat sich um neue, einwandfreie Unterlagen durch die Bauhüttenbetriebe bemüht und von 17 Betrieben vergleichbare Zahlen erhalten. Das Ergebnis der Umfrage enthält die folgende Zusammenstellung:

Art der Arbeit	Zeitaufwand in Stunden		Minderungs %
	1913/14	1923/24	
1 cbm Mauerwerk für durchgehende Wände im Kellergeschoss, 51 cm stark.	4,6	4,8	4,35
1 m lfd. Balkenholz zurichten und verlegen	0,35	0,36	2,86
1 cbm Dachverband abbinden und aufstellen	0,49	0,50	2,00
1 cbm Stampfbeton für Fundamente, Stützmauern, Widerlager usw.	5,23	5,52	5,54
1 cbm Eisenbeton für Winkelstützmauern, Fundamentplatten und dergleichen	6,80	7,15	5,14
1 cbm Eisenbeton für Decken, Unterzüge und Stützen	8,9	9,13	2,6
1 qm Schalung für Fundamente	0,81	0,89	9,87
1 qm Schalung für Wände	1,02	1,10	7,84
1 qm Schalung für Decken einschließlich Seiten	1,48	1,52	2,7
1 qm Schalung für Balken und Stützen	2,05	2,18	6,34
1 t Eisen biegen und verlegen	49,1	51,00	3,87
1 cbm Bodenaushub, stechbarer leichter Lehmboden, zu lösen, in Muldentipper verladen, 50 m weit verfahren und ausplanieren	1,47	1,53	3,8

Auch in den 17 sozialen Baubetrieben, deren Angaben der vorstehenden Aufstellung zugrunde liegen, wird somit — so führt die „Soziale Bauwirtschaft“ dazu aus — im Jahre 1924 die 1913/14 an den gleichen Orten erzielte Arbeitsleistung im Durchschnitt nicht mehr ganz erreicht. Jedoch ist der Unterschied zwischen der Vorkriegszeit und heute verhältnismäßig gering. Er beträgt bei 4 Arbeitsarten zwischen 2 und 3%, bei 2 Arbeitsarten zwischen 3 und 4%, bei 3 Arbeitsarten zwischen 4 und 6% und nur bei 3 für den Wohnungsbau wenig ins Gewicht fallenden Arbeitsarten über 6%. Bei keiner Arbeitsart steigt die Minderleistung im Durchschnitt auf 10%.

Bei den einzelnen Betrieben, die uns Antworten eingeschickt haben, gingen die Arbeitsleistungen sowohl im Jahre 1914 als auch im Jahre 1924 ziemlich stark auseinander. In mehreren Orten (Frankfurt a. M., Neutlingen) ist die Arbeitsleistung von 1914 bis 1924 beim Mauern nicht zurückgegangen, sondern gestiegen. In anderen Orten (Dortmund, München, Gera) ist sie gleich geblieben. Wieder in anderen Orten wird zwar beim Mauern weniger, aber bei anderen Arbeiten mehr geleistet als 1914.

Suchen wir nach den Gründen, die die Minderleistung gegenüber der Vorkriegszeit herbeigeführt haben, so ist zunächst an die allgemeine Schwächung der Arbeitskraft durch den Krieg zu erinnern. Zehntausende der besten und kräftigsten Facharbeiter haben im Kriege ihr Leben verloren oder sind als Krüppel in die Heimat zurückgekehrt. Die übrigen Bauarbeiter sind durch jahrelange Entbehrungen körperlich stark geschwächt worden. Auch der Nachwuchs hat unter den jahrelangen Entbehrungen stark gelitten. Er ist außerdem nicht mehr so gründlich wie früher ausgebildet worden. Daraus ergibt sich ohne weiteres ein ganz natürliches Sinken der durchschnittlichen Arbeitsleistung. Bei den ungelerten Arbeitern kommt hinzu, daß der Prozentsatz der aus fremden Verufen ins Baugewerbe übergetretenen Arbeiter bedeutend größer ist als früher, was ebenfalls die durchschnittliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. . . .

Mit dieser Tatsache sollte man doch nun endlich auch auf Unternehmenseite rechnen, und man sollte sich bemühen, zunächst einmal durch eine körperliche Kräftigung und berufliche Erziehung der Bauarbeiter die Voraussetzungen für eine höhere Arbeitsleistung zu schaffen.

Außer der allgemeinen Schwächung der Arbeitskraft der Bauarbeiter und der Steigerung des Prozentjahres der berufsfremden Arbeiter wirkt nach unjeren Erfahrungen besonders auch die Tatsache, daß die Bauarbeiter in der Nachkriegszeit viel mehr mit Arbeitslosigkeit zu rechnen hatten als früher, sehr hemmend auf eine Steigerung der Arbeitsleistung ein. Von Bauarbeitern, die im Winter oder Frühjahr monatelang arbeitslos waren und denen bei Beendigung der immer nur stoffweise funktionierenden Bautätigkeit wieder neue Arbeitslosigkeit droht, kann man nicht erwarten, daß sie durch eine ungewöhnlich große Arbeitsleistung die Zeit, während der sie lohnende Beschäftigung haben, selbst verkürzen und die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit — die für sie doch in der Regel eine Zeit größter Not und Entbehrungen ist — verlängern. Man organisiere endlich den Baumarkt so, daß die Bauarbeiter während des ganzen Jahres lohnende Arbeit haben und nur während der Zeit zu feiern brauchen, wo die Witterung das Arbeiten im Freien nicht zuläßt. Dies und eine ausreichende Bezahlung sind die besten Mittel zu einer Steigerung der Arbeitsleistung.

Wir haben diesen beachtenswerten Ausführungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ nichts hinzuzusetzen. Sie werden, davon sind wir überzeugt, nicht bewirken, daß die Unternehmenseit behauptungen von dem starken Rückgang der Arbeitsleistungen verstummen, aber man wird sie auch auf jener Seite nicht völlig ignorieren und der Öffentlichkeit noch weiterhin so viel blauen Dunst als bisher vormachen dürfen.

### Berufsberatung.

Von Hermann Bues, Harburg a. d. E.

Alljährlich verlassen in unserm Vaterlande Hunderttausende von Jungen und Mädchen die Schulen. Unzählige Eltern stehen um die Osterzeit vor der bängigen Frage: Was soll unser Junge oder Mädchen werden? In unserm verwickelten Berufs- und Wirtschaftsleben ist es den Eltern ohne fremde Hilfe in den meisten Fällen einfach unmöglich, für ihre Kinder den rechten Beruf, den rechten Arbeitsplatz zu finden. Die meisten Arbeiten spielen sich heute hinter Fabrik- und Werkstattnauern ab, und so kommt es, daß die Mehrzahl der zur Schulentlassung kommenden Kinder — und das trifft besonders für die Jungen zu — den erwählten Beruf nur vom Hörensagen kennen. Kommen die Jungen dann in die Lehre, sind sie in vielen Fällen enttäuscht und sie versuchen, ihren Lehrplatz zu wechseln. Wie schwer ein solcher Wechsel fällt und wie oft gerade ein verfehlter Beruf der Beginn einer verfehlten Lebensführung ist, wird mir jeder bedächtige, der einmal ernsthaft über diese Dinge und seinen eigenen Lebensweg nachgedacht hat. Hier zu helfen, ist die schöne Aufgabe der Berufsberatung. Sie geht nun so vor, daß einmal schon in der Schule im sogenannten berufskundlichen Unterricht versucht wird, den Jungen und Mädchen einen Ueberblick über die Vielgestaltigkeit der beruflichen Arbeit und der Arbeit überhaupt zu geben. Berufsfilme bilden eine wertvolle Ergänzung dieses Unterrichtes. Dann aber führt die Berufsberatungsstelle im letzten Schuljahre die zur Entlassung kommenden Knaben und Mädchen durch heimische Betriebe und Werkstätten. So erhalten die Kinder einen guten Einblick und sind jetzt ganz anders für die Berufswahl vorbereitet wie früher, als man dieser Lebenswende zu wenig Beachtung schenkte. Mit der Aufklärung der Kinder ist es nun aber nicht getan. Auch den Eltern muß der nötige Ueberblick über Berufs- und Arbeitsfragen gegeben werden. Zu diesem Zwecke veranstaltet das Berufsamt alljährlich im Herbst Elternabende. In solchen Abenden sprechen Fachleute über die Anforderungen und Ausichten in den verschiedensten Verufen und Arbeitsarten. Lichtbilder unterstützen die Vortragabend, ebenso Berufsbesprechungen in den Zeitungen. Nachdem die Berufswahl in dieser Art vorbereitet ist, kommen die Eltern mit ihren Kindern zur Berufsberatungsstelle. Dann werden mit dem Berufsberater gemeinsam noch einmal die Gründe des Jungen für seinen Berufswunsch besprochen. Er wird ärztlich untersucht. Und wenn in einer besonderen Eignungsprüfung, die in den meisten größeren Berufsämtern vorgenommen wird, die Eignung für den erwählten Beruf festgestellt ist, erhält er durch das Amt eine passende Lehrstelle. Es kommt oft vor, daß die Jungen einen Beruf erlernen oder in einen ungelerten Arbeitsplatz gehen wollen, für den sie sich nicht eignen. So ist es z. B. unsinnig, wenn ein tuberkulöser Junge Friseur werden möchte, oder ein farbenblinder Schüler Maler, oder ein Junge aus der dritten Klasse der Volksschule Kaufmann, oder ein sehr begabter Junge, wie z. B. der Verfasser des folgenden Aufsatzes, ungelerner Arbeiter. Ein solch befähigter Volksschüler gehört in einen Beruf hinein, in dem er seine schönen Geistesgaben zum Wohle der Allgemeinheit weiter entwickeln kann. Dieser Junge, von dem ich jetzt schreibe, lernt nun Buchhändler. Er hat in seiner Schulzeit schon eine kleine Erzählung und ein kleines Theaterstück verfaßt. Auf meine Bitte schrieb er mir den folgenden Aufsatz über den Arbeitsnachweis:

#### Ein Gang durch den Arbeitsnachweis.

Ich trat in die Halle des Arbeitsnachweises. In der Tür derselben schlug mir ein Gemurmel vieler Männerstimmen ans Ohr. In einzelnen Gruppen oder in einer langen Reihe vor dem Schalter standen die Männer. Von den jungen Leuten fand ich einige darunter, die schon mit mir in einer Klasse zusammen gewesen waren. Es waren solche, die nie lernten. Sollten sie etwas vorrechnen oder ein Gedicht herlesen, so antworteten sie: „Das kann ich nicht.“ Dabei waren sie die frechsten und größten Briten. Sie machten ein sorgloses Gesicht, als dachten sie: „Es schadet nichts, daß wir erwerbslos sind. Wir haben ja noch Eltern, die uns ernähren können.“ Sie dachten nicht daran, daß es den Eltern schwer fällt, sie zu ernähren, wenn noch eine Reihe Kinder da sind. Ich setzte meinen Gang fort und kam zu dem Schalter der Bauarbeiter. Eine lange Reihe Arbeiter standen davor. Es waren meistens Familienväter. Aber auch viele junge Arbeiter

waren dazwischen. Die Familienväter machten ein ernstes Gesicht. Das Wohl der Familie lag ihnen am Herzen. Durch irgendeinen Unstand wurden sie arbeitslos. Jetzt laufen sie viele Wochen in den Straßen umher. Zu Hause halten sie es vor Verzeiwung nicht aus. Jeden Tag sind sie auf dem Arbeitsnachweis zu finden. Jetzt sind sie bestrebt, so früh wie möglich wieder Arbeit zu bekommen. Man liest ihnen die Not vom Gesicht ab. Sie treten an den Schalter heran, sagen ihre Nummer. Der Schalterbeamte blättert im Buch nach. Dann nimmt er die Karte und stempelt sie. Der Erwerbslose tritt ab und ein anderer kommt heran. So geht's immer zu. Der eine geht, der andere kommt. Ich höre dem Gespräch einiger Männer zu. Ein junger Mann von ungefähr 28 bis 30 Jahren erzählt folgendes: „Ich habe einen jungen Bruder, der hat jetzt Arbeit. Er verdient ganz gut. Aber eins kann ich an ihm nicht ausstehen. Wenn er Geld bekommen hat, so gibt er sehr wenig ab, den größten Teil behält er. Dafür kauft er Zigaretten und geht aus. Ende der Woche hat er schon nichts mehr und kommt bei meiner Mutter an: „Mutter, hast Du nicht ein bißchen Geld für mich? Ich habe nichts.“ Meine Mutter mag es nicht so tun und gibt ihm immer etwas. Ich dagegen gebe jede Woche mein bißchen Unterstüfung ab, bekomme aber kein Taschengeld, obwohl ich gerne etwas hätte.“ Wodurch kam es, daß der junge Mann so wenig an seine Mutter gab? Vielleicht kam es daher, daß er früher allein Willen bekommen hatte. Da dachte er: Wenn ich erst selbst verdiene, dann laufe ich mir allerhand. Er hat dann das Geld behalten und nichts abgegeben. Im Gegenteil: Wenn er nichts mehr hatte, so holte er sich etwas von seiner Mutter. Ich drängte jetzt dem Ausgange zu. Dann holte ich tief Atem; denn in der Halle war die Luft von Zigarettenrauch geschwängert. Dann dachte ich darüber nach, was ich gesehen hatte und kam zu der Ansicht, daß solch ein Arbeitsamt von großem Nutzen sei; denn vielen Arbeitern und Handwerkern wird Arbeit besorgt. Sie können dadurch ihr Brot verdienen und ihre Familie ernähren.

Im Berufsamt kann man nur dann zum Wohle der Jugend und zum Nutzen aller arbeiten, wenn ein jeder zu seinem Teile hierzu beiträgt. Auch Sie, mein Leser, können diese Arbeit fördern, wenn Sie einmal offen nach reiflicher Ueberlegung ihre Stellungnahme zur Berufs- und Arbeitsfrage kundtun. Das haben auf unsere Bitte hin auch schon viele Gewerkschüler, Arbeiter, Angestellte und Handwerker getan. Solche Auskünfte sind dem Berufsberater bei der Aufklärungsarbeit unter der Jugend und den Eltern von großem Nutzen. Der einzelne Berufsberater kann den Vätern und Müttern über die Hunderte von Verufen und Arbeitsarten nur dann gute Auskunft geben, wenn eben die jetzigen und früheren Angehörigen dieser Verufe und Arbeitsarten mithelfen, ihn mit dem nötigen Material zu versehen. Wollen Sie uns auch helfen, dann bitte ich Sie herzlich, möglichst eingehend schriftlich die folgenden Fragen zu beantworten. Ihre Auskunft, für die ich Ihnen im voraus verbindlich danke, senden Sie bitte an das Berufsamt Harburg a. d. Elbe, Brückenstraße 17. Dieses Amt wird dafür sorgen, daß das zusammenkommende Material auch den übrigen deutschen Berufsberatungsstellen bekannt wird. Sie brauchen, wenn Sie unbekannt bleiben wollen, Ihren Namen nicht zu nennen. Und nun erfüllen Sie meine Bitte und beantworten Sie die folgenden Fragen:

1. Welchen Beruf erlernten Sie?
2. Wieviel Jahre haben Sie ihn ausgeübt?
3. Erlernten Sie den Beruf, den Sie während Ihrer Kindheit zu erlernen wünschten?
4. Wenn Sie diese Frage mit „Nein“ beantworten müssen, dann geben Sie bitte an, welchen Beruf Sie eigentlich früher erlernen wollten?
5. Welches sind die Lichtseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was macht Ihnen Ihren Beruf, Ihre Arbeit lieb und wert?
6. Welches sind die Schattenseiten Ihres Berufes, Ihrer Arbeit, das heißt, was ist in Ihrem Berufe, in Ihrer Arbeit weniger angenehm?

### Neue Erhebungen über die Arbeitszeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat die im Mai vorigen Jahres durch die Ortsausschüsse vorgenommene Erhebung über die tatsächliche Dauer der Arbeitszeit im November wiederholen lassen. Die Grundlage für die neuere Erhebung ist die gleiche wie im Mai. Sie erstreckte sich auf das Baugewerbe, Buchdruckgewerbe, Holzgewerbe, die Chemische Industrie, Metallindustrie, Schuh- und Textilindustrie. Festgestellt ist wieder die tatsächliche Arbeitszeit einschließlich etwaiger Ueberstunden.

Die Beteiligung an der Novembererhebung ist geringert als an der vom Mai. Im Mai hatten 533 Orte aus 46 122 Betrieben mit 2 453 523 Arbeitern berichtet. Im November liegen Angaben vor aus 419 Orten für 51 166 Betriebe mit 2 362 820 Arbeitern. Obwohl also rund 5000 Betriebe mehr erfaßt sind, bleibt die Arbeiterzahl gegenüber der vom Mai um rund 90 000 zurück. Es ist anzunehmen, daß durch die im Sommer 1924 einsetzende Krise die Beschäftigtenziffer erheblich herabgedrückt worden ist.

Die Ergebnisse der Erhebungen sind wieder nach Bezirken geordnet. Bezirk 1: Baden, Württemberg, Hohenzollern und Pfalz (ohne Saarorte). Bezirk 2: Bayern. Bezirk 3: Rheinland, Westfalen, Lippe und Vorkriegsgebiet. Bezirk 4: Hessen, Hessen-Nassau und Waldeck. Bezirk 5: Thüringen und Regierungsbezirk Erfurt. Bezirk 6: Provinz Sachsen und Anhalt. Bezirk 7: Freistaat Sachsen. Bezirk 8: Brandenburg mit Berlin und dem südlichen Teil der Grenzmark. Bezirk 9: Schlesien. Bezirk 10: Hannover, Braunschweig, Bremen und Oldenburg. Bezirk 11: Hamburg, links Unterelbgebiet, Schleswig-Holstein, Lübeck und Mecklenburg. Bezirk 12: Pommern und nördliche Grenzmark. Bezirk 13: Ostpreußen. Bezirk 14: Saargebiet.

Die kurzarbeitenden Betriebe und Personen sind diesmal besonders gezählt, sie belaufen sich auf 3131 Betriebe und 219 575 Personen. Im Baugewerbe sind insgesamt 65 kurzarbeitende Betriebe und 1596 kurzarbeitende Personen gezählt worden. Von allen durch die Erhebung erfaßten Personen und Betrieben arbeiteten unter 48 Stunden (ohne Kurzarbeit) 3149 Betriebe mit 97 249 Personen;



48 Stunden arbeiteten 32 475 Betriebe mit 973 888 Personen; über 48 bis 51 Stunden 2099 Betriebe mit 157 522 Personen; über 51 bis 54 Stunden 8043 Betriebe mit 662 636 Personen; über 54 Stunden 2299 Betriebe mit 252 469 Personen. Im Baugewerbe arbeiteten unter 48 Stunden 1619 Betriebe mit 59 947 Personen; 48 Stunden arbeiteten 10 343 Betriebe mit 173 512 Personen; über 48 bis 51 Stunden 463 Betriebe mit 9503 Personen; über 51 bis 54 Stunden 291 Betriebe mit 7275 Personen; über 54 Stunden 182 Betriebe mit 8074 Personen.

Von je 100 der insgesamt erfassten Betriebe und Personen arbeiteten in der Woche vom 3. bis 8. November länger als 48 Stunden:

	über 48 Stunden		davon über 54 Stunden	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
1. Baden, Württemberg, Hohenz., Pfalz	23,4	39,1	0,5	1,5
2. Bayern	25,6	45,8	5,2	8,0
3. Rheinland, Westfalen, Lippe	36,2	70,3	15,4	40,7
4. Hessen, Heissen-Rauhan, Waldeck	19,0	44,7	3,9	2,5
5. Thüringen u. Regierungsbz. Erfurt	49,8	42,1	1,6	7,9
6. Provinz Sachsen und Anhalt	27,7	51,0	2,6	11,5
7. Freistaat Sachsen	33,2	50,9	1,3	4,4
8. Brandenburg mit Berlin	18,2	26,7	1,0	0,5
9. Schlesien	33,1	42,1	0,8	3,6
10. Hannover, Braunschweig u. Oldemb.	17,5	40,2	1,5	4,3
11. Hamburg, Schl.-Holst., Mecklenburg	6,1	45,4	0,5	2,0
12. Pommern, nördliche Grenzmark	3,5	25,3	0,6	0,6
13. Ostpreußen	29,8	33,7	2,4	23,4
14. Saargebiet	0,6	0,3	—	—
Insgesamt	24,3	45,4	4,5	10,7

	über 48 Stunden	über 54 Stunden
Baugewerbe	6,8	10,5
Buchdruckgewerbe	19,6	26,5
Chemische Industrie	38,7	38,8
Holzgewerbe	8,7	15,6
Metallindustrie	39,0	53,1
Schuhindustrie	5,9	8,1
Textilindustrie	65,1	66,0
Insgesamt	24,3	45,4

Im Baugewerbe arbeiteten demnach nur 6,8 % der erfassten Betriebe und 10,5 % der erfassten Personen über 48 Stunden, gegenüber 10,7 % Betriebe und 11 % Personen im Mai 1924. Wenn auch zugegeben werden soll, daß sich im November einer längeren Arbeitszeit im Baugewerbe ganz natürliche Hemmungen entgegenstellten, die in der vorgerückten Jahreszeit und den Lichtverhältnissen begründet sind, so darf doch anderseits aus dem Ergebnis auch geschlossen werden, daß die Forderungen der baugewerblichen Unternehmer auf Verlängerung der Arbeitszeit über 8 Stunden täglich nennenswerten Erfolg nicht gehabt haben, sondern von den Arbeiterverbänden abgewehrt werden konnten.

Aber nicht nur im Baugewerbe ist das Ergebnis bezüglich der Arbeitszeit günstiger als im Mai, sondern auch in den anderen Industrie- und Gewerbebranchen. Während im Mai 1924 54,7 % Personen über 48 Stunden arbeiteten, waren es im November noch 45,4 %. Im Mai arbeiteten über 54 Stunden 13 %, im November 10,7 %. Besonders in die Augen fallend ist die Verbesserung im Buchdruckgewerbe, wo im Mai 49,4 %, im November dagegen 26,5 % länger als 48 Stunden arbeiteten. Die Textilindustrie zeigte im Mai mit 82,4 % die höchste Zahl der länger als 48 Stunden Beschäftigten, für November ist das Ergebnis 66 %. In der Metallindustrie überstiegen im Mai 63,5 % die 48-Stunden-Weche, im November noch 53,1 %.

Die Gewerkschaften sind auf dem besten Wege, den Achtstundentag in vollem Umfange zurückzuerobieren. Es kann nur dringend gewünscht werden, daß das neue Arbeitszeitgesetz, das ja bereits Gegenstand der Beratung sein soll, auf die tatsächlichen Verhältnisse und auf die vorstehend aufgezeigte Entwicklung gebührend Rücksicht nimmt. Im anderen Falle müßten die Gewerkschaften zu ihm von vornherein in schärfster Kampfstellung treten.

## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

#### Gebundene „Zimmerer“ 1924.

Vom Jahrgang 1924 des „Zimmerer“ wird eine beschränkte Anzahl gebunden zum Selbstkostenpreis von 3,50 M. einschließlich Versandkosten abgegeben. Bestellungen werden umgehend erbeten. Der Zentralvorstand.

### Kassengeschäftliches.

#### Quittung der Zentralkasse über Einnahmen im Dezember 1924

Machen 39,50 M., Aalen 100, Aalen i. Westf. 36,50, Aalen 7, Allenburg 50, Altenstein 170,10, Altenburg 726, Altenjätenbach 104,62, Altheide 140, Angerburg 151,78, Anklam 100, Annaberg-Buchholz 450, Ansbach 150, Apolda 75, Aplerbeben 400, Aue 300, Auerbach 70, Augsburg 500, Bad Dargatzburg 180, Bad Döbeln 150, Bad Reichenhall 150, Ballenstedt 45, Bamberg 153,79, Barmen-Eberfeld 360, Barnstedt 41,80, Barstorf 40, Babelsberg 51,50, Bayreuth 200, Belgern 100, Berchtesgaden 230, Bergen 6, Celle 35,50, Berlin 15 250, Bielefeld 270, Bielefeld 800, Bitterfeld 300, Bleicherode 126,70, Bochum 350, Bockenham 100, Bonn 200, Borna 316,25, Bremen 978, Briesen 50, Brunsbüttel 101,50, Bückeburg 145, Bunsau 401,50, Buraun-Aufla 100, Burg b. Magdeh. 150, Burgdorf 117,75, Burgstädt 300, Buttsch 90,98, Calbe 31,50, Calefeld 71,50, Canth 100, Cassel 900, Celle 200, Chemnitz 3000, Christburg 15,80, Coblenz 401,50, Cöfel 7,35, Cottbus 120, Crimmitschau 611,50, Croßen 300, Cüstrin 150, Cuxhaven 886,60, Dahlem 223,35, Darlehmen 21,50, Delitzsch 150, Delmenhorst 500, Derenburg 55, Detmold 50, Deutsch-Krone 103, Deutsch-Rissa 200, Diepholz 85, Doberan 200, Domschau 100, Dortmund 1000, Dram-

burg 50, Dresden 9414, Driesen 100, Droffen 94,10, Duisburg 12,00, Düsseldorf 112,44, Egeln 82,90, Eisenhof 100, Eilenburg 200, Eichenberg 80, Ebing 400, Elmshorn 382, Emden 200, Erding 100, Erlner 160, Effen 1122,50, Eßlingen 179,19, Feilberg i. M. 71,50, Ferndorf 25, Festsberg 40, Flatow 60, Flensburg 400, Forst i. d. Lausitz 301,50, Franzenberg i. S. 500, Frankenhäuser 100, Frankfurt a. M. 850, Freiburg i. B. 300, Freienwalde a. d. D. 100, Fretenwalde i. P. 18,80, Freising 150, Friedrichshafen 20, Fürstentum 350, Gelsenkirchen 300, Gemhau 100, Gera 400, Gerdaun 23,05, Geringswalde 60, Gießen 30, Glau 50, Glogau 125, Göltschütz 190, Gmünd (Schwäbisch) 70, Goldap 21,50, Goldberg i. M. 70, Gommern 29,50, Görtz 307,50, Goslar 400, Göttingen 300, Gräfenthal 100, Greifswald 201,50, Greiz 500, Grevesmühlen 70, Großsch-Regau 200, Gronau i. P. 174,55, Großschmied 300, Groß-Strelitz 25, Grünberg i. Schl. 200, Guben 250, Gundersweiler 40, Güstrow 65, Habelsdorf 100, Hagen i. B. 120, Halberstadt 200, Halle 1000, Hamburg 8520, Hamm 500, Hannover 1015, Hann.-Minden 50, Hattungen 220, Heilbronn 950, Heiligenbeil 50, Helmbrichs 114, Hermannsburg 30, Herne 201,50, Herzfeld 77,91, Hildesheim 200, Hirschberg i. Schl. 1400, Hof 540,50, Hohenmölsen 195, Hönningen 25, Hornburg 100, Harnen 50, Jauer 103, Jechitz 40, Jämenau 60, Jechow 201,50, Jüterbog 203,50, Kahla 150, Kamenz 509,50, Karsruhe 400, Kehlra 200, Kempen 114, Kiel 497,75, Kitzingen 60, Köhlitz 65,70, Kölsch 177, Köln 1500, Königssee 127, Königsmünsterhausen 200, Köslin 300, Kranichfeld 50, Kronach 90, Laage 100, Landeb 70, Landsberg a. Lech 113, Landsberg a. d. W. 251,50, Landshut 150, Langenölz 100, Laschwitz 43, Lauban 150, Lauenburg 85,10, Lauf i. B. 70, Laufen 100, Leer 102,90, Lehn-Weestmünde 1000, Lehesten 50, Lehnitz 250, Leipzig 5000, Leisnig 146,50, Lengerich 26,50, Liepitz 506,50, Lindau 150, Liebenstein 40, Lützen 231,50, Leib. i. P. 155,27, Löwenberg 160, L'bed 1000, Luda 74, Lützenwalde 150, Ludwigslust 85, Lüneburg 400, Lützen 100, Magdeburg 1000, Mainz 1300, Mannheim 2717,75, Marienburg 220, Marklissa 101,50, Marne 70, Meerane 250, Meddorf 50, Minden i. B. 550, Mochungen 181,5, Meuselburg 226,90, Mühlberg 163,80, München 2890, München-Gladbach 42,25, Muskat 125, Naugard 100, Neubrandenburg 96,50, Nungersdorf 800, Neuhaus a. d. E. 50, Neumünster 300, Neuenpinn 200, Neufalz 100, Neustadt an der Elbe 100, Neustettin 233,40, Neustrelitz 100, Neuzelle 60, Nienburg a. d. E. 50, Nienburg a. d. W. 80, Norden 101,50, Nordenham 281,50, Nordhausen 351,50, Nordhorn 51, Nürnberg 500, Nürtingen 82,60, Ober-Niederniederkirch 100, Oberberg 60, Oehringen 35,75, Oels 100, Oelsitz 175, Offenburg 104,70, Ohlau 201,50, Oldenburg 330, Oramenburg 250, Ortelshagen 41,50, Orsnabrück 140, Osdorf 27, Pafewitz 73, Paffau 468,50, Peiferwitz 200, Penzlin 100, Pinneberg 99,50, Pirmasens 25, Plathe 118,50, Plauen 906, Polzin 200, Pöschel 100, Potsdam 1000, Preetz 82,95, Pr.-Friedland 40, Prien 56,10, Putzig 35,85, Querfurt 60, Raftenburg 100, Ragelohr 51,50, Ragelburg 60, Riesa 28, Reichenbach i. Schl. 150, Reichenbach i. B. 301,50, Reichenbach 100, Reichenburg 300, Ribnitz 131,50, Richtenberg 28,75, Riesa 600, Roglau 135, Rößwein 150, Rosdorf 500, Röttha 100,01, Rothemühl 15,50, Rothenburg o. d. T. 51,50, Rüggenwalde 127,15, Saalfeld a. d. S. 400, Sagan 400, Seelow 40, Segeberg 70, Senftenberg 400, Sensburg 100, Scharf 100, Sprottau 40, Soltau 50, Sorau 101,50, Spremberg 100, Springe 70, Sprottau 150, Sülze 26,50, Swinemünde 301,50, Schlei 100, Schleswig 150, Schleusen 100, Schmiedeberg 57,90, Schmölln 200, Schönerdingen 100, Schönebeck 400, Schöngau 50, Schöneheide 67, Schwabach 101,50, Schwarzbürg i. Th. 31,25, Schwarzzenbach 90, Schwedt 156,25, Schwiebus 114, Stade 70, Stargard i. P. 150, Starberg i. B. 70, Stahlfurt 150, Steinach 30, Steinbergen 70,10, Stendal 166,75, Stettin 1000, Stollberg 330, Stralund 394, Strehla 100, Strehlen 100, Tiefenort 490,52, Tiffitz 220, Tostitz 25, Trachenberg 62, Trebbin 181,50, Treptow a. d. Rega 33,80, Trier 100, Trittau 43,75, Tübingen 420, Tuttlungen 97,50, Uelzen 125, Ullm 300, Ueten 200, Uitzelberg 25,50, Waldenburg i. Schl. 1280, Waldheim 200, Waldshut 27, Wallendorf 17,45, Waren 127,35, Weferlingen 40, Weida 180, Weiburg 41,90, Weimar 670, Weisenburg 70, Weissenfels 285, Werda 230, Werder 351,50, Weruigerode 172,87, Westerland 300, Wiersbinnen 30, Wiesbaden 1000, Wiesdorf 250, Wilhelmshaven 323, Wilster 100, Winjen a. d. Aller 2,10, Witten 104, Wittenberg (Bez. Halle) 100, Wittenburg i. M. 241,50, Wittfeld 40, Woldeburg 40, Wolgast 181,50, Wollin 91,50, Wusterhausen 43, Zerbit 231, Ziebingen 150, Ziehar 106,27, Zittau 1400, Zörbig 86,50, Zwickau 1001,50, Einz.-Zähler der Hauptkasse 5,10, Unterstützungsliste 359,10, private Inserate 2, Zinsen 3018,20, Diverses 2 M.

In der Zeit vom 1. bis 31. Dezember gingen folgende Belege ein: Angerburg 28,25 M., Bamberg 114,66, Berlin 2005, Braunschweig 75, Bremen 64,24, Breslau 850, Burghausen 23,50, Calefeld 25, Cassel 75, Egburg 27, Eßlingen 30, Dortmund 265, Dresden 1300, Düsseldorf 10, Eisenach 174,28, Erfurt 1000, Eutin 87,50, Frankfurt a. M. 2265,05, Gagen i. B. 30, Halberstadt 28,35, Halle 34,54, Hannover 1050, Königsberg i. Pr. 950, Leipzig 1400, Magdeburg 1350, Maldeuten 169,80, Mannheim 250, Minden i. B. 110, München 1407,50, Nürnberg 1300, Potsdam 30, Rendsburg 30, Spremberg 30, Schwerin 360, Stettin 1625, Stuttgart 1101,40, Waldenburg i. Schl. 84, Züllichau 30 M.

Vorschüsse zum Zwecke der Streikunterstützung wurden in der Zeit vom 1. November bis 31. Dezember 1924 versandt an folgende Bahnhöfe: Burg bei Magdeburg 150 M., Husum 200, Neustadt i. Holst. 100, Neuz 150, Oppeln 1500, Pilschall 230, Polzin 950, Quedlinburg 200, Saarbrücken 2400, Eingen 100, Speyer 150, Verden 100, Wehlau 100, Wriezen 400 M. Ad. Hömer, Kassierer.

### Unsere Lohnbewegungen.

Ausgesperrt sind die Zimmerer im Saargebiet. Gesperrt ist in Schwabenheim bei Ebingen am Neckar die Firma „Bauunternehmung für Schleufe und Kraftwerk“, in Freiburg i. B., Bezirk Löffingen, die Firma Berg.

**Tarifverhandlungen im Baugewerbe?** In einem in Nr. 2 der „Bauwelt“ veröffentlichten „Rundblick am Bauhoffmann“ finden sich folgende Sätze:

„Verhandlungen über die Neubildung eines Reichstarifvertrages im Baugewerbe sind bisher nicht eingeleitet worden. Es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, daß in Kürze etwas zur Wiederaufröhlung dieser Frage geschieht.“

Den Arbeiterverbänden ist von einer „Wiederaufröhlung dieser Frage“ bisher nichts bekannt geworden. Sie brennen auch garricht darauf. Was es ihnen möglich, im Vorjahre bei verhältnismäßig ungünstiger Geschäftslage im Baugewerbe ohne Reichstarifvertrag auszukommen, so werden sie erst recht im neuen Jahre, das für den Baumarft voraussichtlich günstiger sein wird, ohne Reichstarifvertrag fertig zu werden wissen.

**Erfolgreicher Planstreik in Berlin.** Am Kaiserdamm in Berlin wird eine Rennbahn gebaut. Die Arbeiten haben verschiedene Firmen übernommen, die unsere Kameraden einen Stundenlohn von 120 % zu zahlen. Am Lohnstage wurden jedoch nur 96 % ausgezahlt. Daraufhin legten die an dieser Arbeit beschäftigten 150 Kameraden die Arbeit nieder. Nach 2 1/2 Tagen wurde durch Vermittlung des Zahlstellenvorstandes eine Vereinbarung zustandegebracht mit einem Stundenlohn von 136 %. Die Arbeit wurde sodann wieder aufgenommen.

**Differenzen im Gebiet der Zahlstelle Mannheim.** Die Firma „Bauunternehmung für Schleufe und Kraftwerk“ in Schwabenheim bei Ebingen am Neckar hat im Juli 1924 eine Vereinbarung getroffen, nach der die Zimmerer außer dem Lohn als besondere Entschädigung täglich einen Stundenlohn als Bezüge und einen Stundenlohn als Leistungszuschlag erhielten. Diese Vereinbarung sollte bis zur endgültigen Tarifregelung gelten. Sie ist gehalten worden bis zum 29. Dezember. An die dem Tage machte die Firma den Betriebsräten die Mitteilung, daß sie nicht mehr in der Lage sei, vom 1. Januar 1925 an die Vergütung laut Vereinbarung zu leisten, wer nicht billiger arbeite, sei entlassen. Verhandlungen der Zahlstellenleitung führten zu keinem Ergebnis. Am 31. Dezember wurden alle Arbeiter, darunter 48 Kameraden, entlassen.

**Bezirkliche Lohnverhandlung in Mecklenburg.** Mit dem 31. Dezember 1924 endete die letzte Lohnvereinbarung. Am 29. Dezember fanden sich die Parteien im Lohnamt zusammen. Die Arbeitervertreter forderten Erhöhung des Lohnes, die Unternehmer lehnten die Forderung ab. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen beantragten die Unternehmer, den bisherigen Lohn für Januar und Februar beizubehalten. Das lehnten die Arbeiter ab. Das Lohnamt entschied dann, daß die zur Zeit gültigen Lohnverhältnisse bis 28. Januar 1925 verlängert werden.

**Lohnvereinbarung in Diepholz.** In Diepholz weigerten sich die Unternehmer, den im Herbst 1924 bezirklich vereinbarten Lohn zu zahlen. Die schlechte Bauwirtschaft hinderte unsere Kameraden an weiteren Maßnahmen. Kurz vor Weihnachten besserte sich aber die Arbeitsgelegenheit, so daß von den Unternehmern Verhandlungen gefordert werden konnten. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß der bisherige Stundenlohn von 60 % vom 13. Dezember an auf 65 % und vom 1. Januar 1925 an auf 69 % erhöht wurde.

**Lohnvereinbarung in Salzhauen.** Bisher wurde ein Stundenlohn von 68 % gezahlt. Die sich bessernde Bauwirtschaft veranlaßte unsere Kameraden, Verhandlungen zur Verbesserung des Lohnes zu fordern. Gefordert wurde ein Stundenlohn von 73 %, für Säger 5 % weniger. Das Ergebnis der Verhandlung war die Vereinbarung, daß vom 8. Dezember an der Stundenlohn für Zimmerer 72 % und für Säger 67 % beträgt.

**Neue Lohnregelung für Schleswig-Holstein und Hamburg.** Das Lohnabkommen vom 8. Oktober 1924 für Hamburg und Schleswig-Holstein, Vertragsg Gebiet Nord, das am 31. Dezember abgelaufen war, konnte durch freie Verhandlung mit den Unternehmern nicht verlängert werden. Beide Parteien einigten sich durch Anrufung des Schlichters für Hamburg. Am 10. Januar wurde nach längerer Beratung von der Schlichterkammer einstimmig ein Schiedsspruch gefällt, der für die Zimmerer in Groß-Hamburg I und II, Cuxhaven, Kiel, Schleswig-Holstein I und II 5 %, für Lübeck 7 % und für Schleswig-Holstein III und IV 4 % Zulage vorsieht. Der Lohn beträgt nach dem Schiedsspruch vom 8. Januar an in Hamburg 1 05, 1 102, Cuxhaven 89, Kiel 87, Lübeck 85, Schleswig-Holstein I 82, II 77, III 71, IV 63 %. Das Abkommen soll bis 1. April laufen und kann erstmalig am 15. März gekündigt werden.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Meiningen.** Unsere diesjährige Generalversammlung am 5. Januar war von 28 Mitgliedern besucht. Sie hatte sich vorwiegend mit der Vorstandswahl zu befassen. Der Vorsitzende und sein Stellvertreter wurden einstimmig wiedergewählt. Der Kassierer lehnte eine Wiederwahl ab, und da sich niemand zur Übernahme dieses Postens bereit zeigte, erbot sich der Schriftführer, ihn neben seinem Schriftführeramt zu versehen. Hiernach wurden auch die übrigen Funktionen besetzt. Unter „Verschiedenes“ wurden noch Rundschreiben des Gauleiters bekanntgegeben. Ein kräftiger Appell zu festem Zusammenhalten im neuen Jahre, das ein Kampfsjahr werden würde, beendete die Versammlung.

**Sagan.** Unsere Generalversammlung am 2. Januar nahm den Geschäftsbericht entgegen. Am Anfang des Jahres stand unser Stundenlohn auf 45 %, am Jahresende auf 61 %. 5 Lohnverhandlungen und 12 Monatsversammlungen fanden statt. Unser Mitgliederbestand ist 78 und 9 Lehrlinge. Anschließend an den Bericht sprach Kamerad Köhler über den Aufbau unseres Verbandes und den Achtstundentag. Die Ausführungen fanden reichen Beifall. Ueber eine Anfrage, betreffend den Kolierbund, gab Kamerad Köhler Auskunft, ebenso über Betriebsratsfragen. Hierauf folgten die Wahlen. Unter „Verschiedenes“ wurden die Entschädigungen festgesetzt. Mit der Aufforderung des neugewählten Vorsitzenden an alle Kameraden, ihn in der Arbeit für unseren Verband zu unterstützen, fand die Versammlung ihr Ende.



**Schneidemühl.** Am 4. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Sie war gut besucht und wurde vom Vorsitzenden, Kameraden Günther, mit einem herzlichem Glückwunsch an die Kameraden zum neuen Jahre eröffnet. Im vergangenen Jahre wurden 11 ordentliche und 2 außerordentlich Mitgliederberatungen abgehalten, ferner 1 Vorstandssitzung und 2 erweiterte Vorstandssitzungen. Die Beratungen waren sehr schlecht besucht, 5 waren beschlußunfähig. Der Stundenlohn betrug am Jahresanfang 42 S und am Jahreschluß 62 S. Es wurden im Durchschnitt 8 Stunden gearbeitet, mit Ausnahme vom einem Blase, wo 9 Stunden gearbeitet wurde. Durch energisches Vorgehen unserer Kameraden wurde auch dieses verhindert, so daß am Schluß des Jahres auf allen Plätzen 8 Stunden gearbeitet wurde. Auftragsarbeit wurde, trotzdem es die Unternehmer wollten nicht geleistet. Die Bautätigkeit war im vergangenen Jahre eine sehr schlechte; sie besserte sich etwas im Oktober und November, ließ aber im Dezember wieder nach so daß heute die Hälfte der Kameraden arbeitslos ist. Da der Kassierer die Jahresabrechnung noch nicht zum Abschluß gebracht hatte, soll sie in der nächsten Versammlung beantragt werden. Hierüber wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Nachdem der Kartellbericht entgegengenommen war, entspann sich eine lebhafte Debatte über die Erhöhung der Lokalbeiträge. Die Notwendigkeit der Erhöhung wurde schließlich von allen Kameraden anerkannt und ein Lokalbeitrag von 40 S pro Woche festgesetzt. Vom 1. Januar an Neben die Kameraden der Zahlstelle Schneidemühl 1 M pro Woche (60 S Zentral- und 40 S Lokalbeitrag). Nach einer lebhaften Debatte im Punkt „Verschiedenes“ über örtliche Verhältnisse ermächtete der scheidende Vorsitzende, Kamerad Günther die Kameraden zum geschlossenen Zusammenstehen zur Einigkeit und Solidarität. Mit einem dreifachen Hoch auf unsern Verband schloß die Generalversammlung.

**Wersbinnen.** Zu unserer am 4. Januar stattgefundenen Generalversammlung waren die Mitglieder fast vollständig erschienen. Der Wahl des Vorstandes folgte der Kassierbericht. Die Bücher lagen in der Versammlung zur Einsicht aus. Der Kassierer wurde entlastet. Die Lokalkasse verfügt über einen ansehnlichen Bestand, so daß den länger als 8 Wochen arbeitslosen Kameraden eine Unterstützung zugesprochen werden konnte. Unter „Verschiedenes“ fand eine allgemeine Aussprache über Verbandsfragen statt. Am Schluß der Versammlung richtete der Vorsitzende an die Mitglieder die Aufforderung, die noch nicht organisierten Lehrlinge dem Verbands zuzuführen. An die Versammlung schloß sich ein gemütliches Beisammensein.

**Baugewerbliches.**

**Zum Facharbeitermangel im Baugewerbe wird uns geschrieben:**

Die Frage, die seit Monaten schon zur Erörterung steht, nämlich, ob ein Facharbeitermangel im Baugewerbe vorhanden ist, scheint mir nicht so brennend, wie sie von amtlichen Stellen und besonders von den Unternehmern hingenommen wird. Man muß dabei vor allen Dingen auf die Lage auf dem Bauplätze berücksichtigen. Fest steht, daß im abgelaufenen Jahre dauernd ein erheblicher Prozentsatz Facharbeiter im Baugewerbe arbeitslos war. Von Schlesien, meiner engeren Heimat, weiß ich bestimmt, daß wohl hier und dort eine Nachfrage nach Maurern bestand, aber sie konnte stets schnell gedeckt werden. Für Zimmerer kam und kommt ein solcher Mangel nicht in Frage, eine große Anzahl Zimmerer mußte wegen Arbeitsmangels in der Industrie Beschäftigung annehmen. Ähnlich dürften die Verhältnisse auch in andern Gebieten des Reiches liegen. Auch die Lohnkämpfe, die zumeist um wenige Pfennige geführt werden mußten, liegen bei den Unternehmern nicht gerade auf ein besonderes Interesse an dem Vorhandensein tüchtiger Facharbeiter schließen; und die Aussperrungen haben ebenfalls dazu beigetragen, daß die intelligentesten Facharbeiter abwanderten und anderweitig ihr Fortkommen suchten. Ein Unternehmer, der anständige Löhne zahlt und auch sonst für seine Bauproleten das notwendige Maß von sozialer Einsicht aufbringt, wird auch in Zukunft nicht über Facharbeitermangel zu klagen haben. Denn schließlich ist diese Frage zuallermeist eine Lohnfrage. Wenn man sieht, daß der Industriearbeiter im Jahresdurchschnitt, obwohl auch er kaum das Existenzminimum erreicht, im Einkommen doch noch höher zu stehen kommt, als der Bauhandwerker, der allen Einflüssen der Witterung ausgesetzt ist, dann braucht man sich über ein Abwandern in die Industrie nicht zu wundern. Und dann die Lehrlingsfrage, an der doch auch nicht vorübergegangen werden darf. Der Widerstand der Unternehmer, die Lehrlinge in den Tarifvertrag mit einzubeziehen, die dürftige Entlohnung der Lehrlinge, die Verweigerung der Ferien an Lehrlinge, das alles sind Dinge, die es verständlich machen, wenn Arbeitereltern sich für ihre Jungen nach einem andern Beruf umsehen. So rekrutiert sich der Nachwuchs im Gewerbe in unserer Gegend nicht selten nur aus bäuerlichen Kreisen; haben aber diese jungen Leute ausgerechnet und finden sie in ihrem Heimatort in flauen Zeiten keine Beschäftigung, dann scharwerfen sie und machen Schwarzarbeit. Darüber schreien die Unternehmer bei fast jeder Verhandlung Beter und Mordio und wollen doch nicht einsehen, daß sie im Grunde selbst die Schuld an solchen Auswüchsen tragen, weil sie eine Regelung des Lehrlingswesens systematisch hintertreiben, weil die Lehrlinge oft im Winter den armen Eltern zur Last liegen, wenn sie, genau wie die Gesellen, aus dem Betrieb einfach entlassen werden und wochenlang feiern müssen.

Auf der andern Seite auch ein Wert zur Lehrlingszucht. In der Grafschaft Glatz gibt es Betriebe mit 11 bis 15 Lehrlingen; manchmal kommen auf einen Gesellen 2 bis 4 Lehrlinge. Was soll aus solchen Lehrlingen werden? Monatlang werden sie in Sägewerken mit Spänetragen beschäftigt, die berufliche Ausbildung wird ganz vernachlässigt. Ist die Lehrzeit dieser jungen Leute beendet, dann gehen sie entweder in die Industrie

oder müssen sich mit ganz geringen Löhnen vom Unternehmer abspesen lassen, weil ihre Leistungsfähigkeit gering ist. Allen diesen Mißständen sollte man zuleibe gehen und bald wäre der Facharbeitermangel, von dem heute soviel geredet und geschrieben wird, behoben. Die Regierungsstellen sollten ihren Einfluß auf die Unternehmer geltend machen, damit sie den Forderungen der Arbeiterverbände nach einer gründlichen Neuordnung des Lehrlingswesens entgegenkommen, dann würde auch der Weg frei zur Heranziehung eines tüchtigen Nachwuchses für das Baugewerbe. Franz Schabert, Reichenstein i. Schl.

**Auch ein Beitrag zur Frage des Facharbeitermangels.** In einem Ausblick auf das Jahr 1925 der „Baugewerkszeitung“, der von allem Möglichen handelt, ist auch folgende Stelle enthalten: „Die von Berufslosen und Unberufenen aufgestellte Behauptung, daß wir für eine starke Bautätigkeit gar nicht die notwendigen Facharbeiter besitzen und demnach nur für langsames Laufen pflöber, kann nur als Behauptung aufgefaßt werden; denn jeder Baugewerksmeister wird sich mit dem Vorhandenen einrichten und entsprechend disponieren; es gibt Mittel und Wege genügend, den Mangel an Facharbeitern, wenn er wirklich vorhanden sein soll, sehr bald zu beheben.“ Einverstanden, verehrliche „Baugewerkszeitung“.

**Für Einstellung von Lehrlingen im Baugewerbe** tritt die Bayerische Baugewerks-Verufsgenossenschaft in einer Kundgebung an ihre Mitglieder ein. Es sei beschämend, daß weniger offene Lehrstellen im Baugewerbe vorhanden seien als stellensuchende Lehrlinge. Sie (die Verufsgenossenschaft) wolle nicht für Lehrlingszucht eintreten, aber es müsse ein Verhältnis angestrebt werden, daß wenigstens auf 10 Facharbeiter 1 Lehrling entfalle. Alle Unternehmer sollten sich zum Frühjahr die Einstellung von Lehrlingen angelegen sein lassen. — Die Verufsgenossenschaft begründet ihr Vorgehen mit dem Facharbeitermangel im Vorjahr. Wir vermögen im Augenblick nicht nachzuprüfen, ob und inwieweit in Bayern ein solcher vorhanden gewesen ist. Hat er aber bestanden, dann war er mit eine Folge des Verhaltens der Unternehmer, die eine Einstellung von Lehrlingen geflissentlich vermieden haben und ihn somit absichtlich herbeiführen halfen.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Die Tarifverträge im Jahre 1923.** Am 1. Januar galten nach einer Veröffentlichung im „Reichsarbeitsblatt“ (Heft 29/30) noch 13 802 Tarifverträge für 887 310 Betriebe mit 24 054 098 Beschäftigten, wovon 4 107 219 weibliche, aus dem Vorjahre. Ueber 331 dieser Verträge wurde erst hinterher berichtet. Von den Tarifverträgen aus dem Jahre 1922 waren 9417 für 584 806 Betriebe mit 19 922 940 beschäftigten Personen am 1. Januar 1924 noch in Kraft. Im Laufe des Jahres 1923 wurden von den 13 802 alten Tarifverträgen 4385 (31,8 %) gegenstandslos. Neu abgeschlossene beziehungsweise erneuert unter Ergänzungen oder Änderungen wurden im Jahre 1923 2028 Tarifverträge, die sich auf 562 235 Betriebe und 7 381 681 beschäftigte Personen, worunter 1 920 870 weibliche, erstreckten. Darunter waren 201 kurzfristige Verträge für 72 402 Betriebe und 778 956 beschäftigte Personen (369 108 weibliche), die im Laufe des Jahres 1923 wieder außer Geltung kamen. Von den neuen Tarifverträgen für 1923 gingen mithin 1827 für 489 823 Betriebe mit 6 602 725 Beschäftigten (1 561 762 weibliche) in das Jahr 1924 über. Am 1. Januar 1924 bestanden insgesamt 11 244 Tarifverträge, die sich auf 1 074 629 Betriebe erstreckten mit 32 595 653 Arbeitern, darunter 4 512 538 weibliche, wobei an die Doppelzählungen zu erinnern ist. Diese Doppelzählungen konnten sonst auf Grund der Zählblätter der Verbände für jeden einzelnen Tarifvertrag ausgeschaltet werden. Für das Jahr 1923 war von der Einreichung dieser Zählblätter abgesehen worden, weil der Umfang der Statistik aus Ersparnisgründen beengt wurde. Um das infolge der Doppelzählungen falsche Bild der Tarifstatistik für 1923 zu korrigieren, wurde der Weg der Wahrscheinlichkeitsberechnung auf Grund der früheren Ergebnisse eingeschlagen. Auf diese Weise wurde die Zahl der Tarifverträge am 1. Januar 1924 von 11 244 auf 8790 verkürzt, die Zahl der erfaßten Betriebe von 1 074 629 auf 802 671 und die Anzahl der beschäftigten Personen von 32 595 653 auf 13 135 384, wovon 3 039 205 weibliche.

Eine vergleichende Uebersicht über die Tarifverträge in den letzten 12 Jahren (Ende 1912 bis 1. Januar 1924) ergibt eine ziemlich gleichbleibende Anzahl von rund 10 200 Tarifverträgen im Jahresdurchschnitt. Die Zahl der erfaßten Betriebe sank von 159 930 Ende 1912 bis auf 91 313 Ende 1917 und stieg dann immer höher, auf 272 251 bis Ende 1919, auf 434 504 Ende 1920, 697 476 Ende 1921, bis auf 890 237 Betriebe Ende 1922. Die Anzahl der in den Tarifbetrieben beschäftigten Personen betrug Ende 1912 bereits 1 574 285. Bis Ende 1916 war sie zurückgegangen auf 740 074. Dann stieg sie wieder, und zwar bis Ende 1918 auf 1 127 690, Ende 1919 auf 5 988 475, Ende 1920 auf 9 561 323, Ende 1921 auf 12 882 874 und erreichte 1922 den Höchststand mit 14 261 106 Arbeitern, wovon 3 161 268 weibliche.

\*\*\*\*\*

**Das Proletariat.**

Ich bin das Proletariat. Meine Hände sind groß wie Schaufeln. Mein Antlitz ist alt und runig wie die Felswand. Mein Herz aber ist heiß und rot, rot und heiß ist mein Herz, wie das Herz des fruchtbaren Erdgeistes. Sie haben mich viel gelächert, meine Feinde, die Reichen. Sie haben mich geschunden und gedeviert zu allen Zeiten. Mit allen Jungen der Welt haben sie mich verläumdet. Manchmal wohl domerte auf mein Jörn, dann in die alten Gesellschaftsformen. Ich bin das Proletariat. Ich wachte auf wie ein Riese. Ich bin wie der Baum des Lebens; süße und schöne Früchte hängen an meinen hunderttausend Ästern. In meinem Blattegeieder zwitschern die Vögelin der Kunst und die Vögelin der Wissenschaft.

Ich bin das Proletariat. Meine Beine durchwaten die Meere. Ich bin wie eine Brücke, verbindend Kontinent zu Kontinent. Ich bin aber auch ganz klein. Ich, das Proletariat, bin wie ein Kind, unselbständig, gedankenzerrissen; ich spiele mit Ideen, anstatt mit Ideen zu blien. Ich bin das Proletariat. An mich — Kind und Riese — glaubt aber die Menschheit. Die Menschheit glaubt an die Güte meines Herzens. Mein Herz sprach aus der Offenbarung Johanni, mein Herz gestaltete der Nazarener zu einer festen klaren Form: „Liebe du und zeuge du!“ Ich bin das Proletariat. Ich bin Hand. Ich bin die Hand der Ewigkeit. Ich bin das Werkzeug der Allmacht. Durch mich wird dereinst das „Tausendjährige Reich“. Nachts wohl träumen von mir die Jünglinge und die Jungfrauen, da sehen sie mich über der Welt aufragen, ich trage eine Krone, das Sternendiadem. Ich bin weiblich, ich bin die Fruchtbarkeit, Mütterlichkeit, Jörn, Milde und Zukunft. Ich bin das Proletariat! Max Dortu.



**Literarisches.**

„Krauenwelt“. Halbmonatsschrift. Preis 30 S, mit Schnittmusterbogen 40 S. Verlag J. S. W. Diez Nachf., Berlin SW 68. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen entgegen.

„Die Leuchtrakete.“ Von dieser vortrefflichen antikeritalen Streitschrift ist soeben das erste Heft des dritten Jahrganges erschienen mit der Beilage „Licht übers Land“. Das Halbjahresabonnement samt Zustellung durch die Post 1 Rentenmark ist bei der Verwaltung, die Probeexemplare auf Wunsch unentgeltlich versendet, Wien IV, Mittersteig 3a, zu bestellen.

**Versammlungsanzeiger.**

- Sonntag, den 18. Januar:**  
Lüban: Nachmittags 3 Uhr in Kerns Restaurant, Schulgasse.
- Montag, den 19. Januar:**  
Potsdam: Abends 7½ Uhr bei Praet, Kaiser-Wilh.-m. Straße 38.
- Donnerstag, den 22. Januar:**  
Greifswald: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Landan: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Volkshaus.
- Sonntag, den 25. Januar:**  
Altötting: Vormittags 10 Uhr im „Dresdner Hof“. — Detmold: Vormittags 10 Uhr im Volkshaus, Ecke Paulin.- und Lagerstraße. — Neckermünde: Bei Wilhelm Berndt. — Netzen.

— Anzeigen. —

**St. r. betafel.**

- Bielefeld.** Am 21. Dezember starb unser langjähriges treues Mitglied Fritz Heidbrink im Alter von 62 Jahren an Schlaganfall.
- Sirchberg i. Schl.** Am 2. Januar starb unser Kamerad Oswald Kahl im Alter von 48 Jahren an Herz- und Gehirnschlag.
- Rödn a. Rh.** Am 22. Dezember starb unser Kamerad Baithasar Kneip im Alter von 66 Jahren an Asthma.
- Mannheim.** Am 25. Dezember starb nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied Georg Sattler im Alter von 72 Jahren an Herzlähmung. Ehre ihrem Andenken!

**Zahlstelle Hamburg und Umgegend. Lehrlingsabteilung.**

Unser Modellierabend findet von nun an jeden Montag in der Schule Spaldingstraße 93 statt. (1,40 M.) Der Leiter.

**[1,20 M.] Zahlstelle Neckermünde. Generalversammlung**

am 25. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Das Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht! Der Vorstand.

**Zahlstelle Langenöls i. Schl. Generalversammlung**

[1,40 M.] am Sonntag, 18. Januar, nachmittags 2 Uhr, bei Hermann Lochmann, Nieder-Schösdorf. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht! Der Vorstand.

**[1,20 M.] Zahlstelle Rendsburg.**

Laut Versammlungsbeschluss vom 10. Januar 1925 wird unsere Sterbeunterstützungskasse aufgelöst. Der Vorstand.

**[2,40 M.] Zahlstelle Schneidemühl.**

Zureisende Kameraden haben sich, bevor sie umschauen, beim Vorsitzenden Leo Macholl, Bromberger Straße 91, oder beim Kassierer Karl Juhr, Selgenauer Chaussee, Parade 3, zu melden. Meldezeit von 5 bis 7 Uhr nachmittags. Ohne Ausweis der Zahlstelle ist das Umschauen verboten. Der Vorstand.